

## Beschlüsse des Gremiums Landesjugendhilfeausschuss öffentlich offene Beschlüsse

Vorlage / Antrag / Anfrage	TOP / Betreff	Gremium / Datum	federführende DST	Beschluss / Auftrag Fachausschussbezogene Ergänzung	Zu erled. bis	Beschlussausführung	
14/378	Entwicklung einer landesweiten, nachhaltigen und begleitenden Struktur für die Beteiligung von jungen Menschen, die in Einrichtungen der Erziehungshilfe in NRW leben.	<b>Ju / 19.03.2015</b>	43	Der Landesjugendhilfeausschuss begrüßt gemäß Vorlage Nr. 14/378 die Entwicklung einer landesweiten, nachhaltigen und begleitenden Struktur für die Beteiligung von jungen Menschen, die in Einrichtungen der Erziehungshilfe in NRW leben und sichert dem Vorhaben seine (fach-)politische Unterstützung zu.	31.12.2015	Die zweitägige Auftaktveranstaltung fand am 20. und 21. Juni 2015 in der Jugendherberge Sportpark Duisburg statt. Die Projektorganisation ist sachlich und zeitlich begrenzt auf diese zweitägige Veranstaltung mit Kindern und Jugendlichen aus Einrichtungen der Jugendhilfe in NRW. Die Planung, Durchführung und Evaluation der Auftaktveranstaltung erfolgt im Zeitraum 15.01.-30.09.2015	
14/377	Beteiligung des LVR an Hilfsfonds 1. für ehemalige Heimkinder der Jugendhilfe (Fonds „Heimerziehung in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1949 bis 1975“ ) 2. für Kinder und Jugendliche aus psychiatrischen Kliniken und Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen	Ju / 19.03.2015 Fi / 17.04.2015 <b>LA / 22.04.2015</b> Soz / 04.05.2015 GA / 29.05.2015	4	2) "2. Der LVR unterstützt gemäß Vorlage Nr. 14/377 die beabsichtigte Errichtung eines dem „Heimkinderfonds West“ ähnlichen bundesweiten Hilfesystems für Opfer der Psychiatriekliniken und der Behindertenhilfe in den 1950er bis 1970er Jahren. Er erklärt sich dem Grunde nach, aber unter Vorbehalt der konkreten inhaltlichen Ausgestaltung, bereit, sich an einem entsprechenden Fonds zu beteiligen."	31.12.2016	Ein Fonds für Opfer der Psychiatriekliniken und der Behindertenhilfe in den 1950er bis 1970er Jahren ist noch nicht errichtet.	
14/65 SPD, CDU	Haushalt 2015/16 Aufnahme von Flüchtlingen an den LVR-Schulen	KA 3 / 09.03.2015 KA 2 / 10.03.2015 KA 4 / 11.03.2015 KA 1 / 12.03.2015 GA / 13.03.2015 Schul / 17.03.2015 Ju / 19.03.2015 Inklusion / 23.03.2015 Soz / 24.03.2015 Fi / 17.04.2015 LA / 22.04.2015 <b>LVers / 28.04.2015</b>	5	In der sich zuspitzenden Situation von Flüchtlingen in den Mitgliedskommunen wird die Verwaltung beauftragt zu prüfen, in wie weit auch die LVR-Schulen die Möglichkeit der Beschulung von Flüchtlingen haben. Zusätzlich ist zu prüfen, welche Hilfsangebote Flüchtlingsfamilien mit Kindern mit Behinderung und/oder traumatisierten Kindern gemacht werden können.	31.12.2015	Mit Vorlage 14/625 wird die Verwaltung den Schulausschuss in der Sitzung 25.08.2015 über die Zahl der an den Förderschulen des LVR in den vergangenen drei Schuljahren aufgenommenen Flüchtlingskinder informieren, welche Probleme bei der Beschulung von den Schulen gemeldet worden sind und wie die Verwaltung hilft.	

Selektionskriterien:  
alle öffentlichen offenen Beschlüsse

Legende: **Gremium** = Beschlussgremium

## Beschlüsse des Gremiums Landesjugendhilfeausschuss öffentlich offene Beschlüsse

Vorlage / Antrag / Anfrage	TOP / Betreff	Gremium / Datum	federführende DST	Beschluss / Auftrag Fachausschussbezogene Ergänzung	Zu erled. bis	Beschlussausführung
14/57 SPD, CDU	Haushalt 2015/16 Intensivierung der Beratungen in der Monitoringarbeitsgruppe zur Einführung der Kindpauschale	Ju / 19.03.2015 Fi / 17.04.2015 LA / 22.04.2015 <b>LVers / 28.04.2015</b>	4	<p>Die Verwaltung wird beauftragt, die nachfolgenden Punkte in die Beratungen der Monitoringarbeitsgruppe zur Einführung der Kindpauschale einzubringen und fachlich vorzubereiten:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>· Aufnahme von Verhandlungen mit den Krankenkassen mit dem Ziel, dass <ul style="list-style-type: none"> <li>a) Anträge auf Zulassung von Kindertageseinrichtungen als Ort der Leistungserbringung zügig bearbeitet und beschieden werden und</li> <li>b) Folgeverordnungen für Therapien auch über die Gesundheitsämter ausgestellt werden können (Beispiel: Städteregion Aachen),</li> </ul> </li> <li>· Modifizierung der Personalvereinbarung zum KiBiz mit dem Ziel, dass die in den bisherigen integrativen Gruppen langjährig beschäftigten Therapeuten auf Fachkraftstellen beschäftigt werden können (Öffnungsklausel in Analogie zur Regelung bei den Ergänzungskräften),</li> <li>· Starten einer Informationsoffensive sowie Durchführung einer Fachtagung zur Unterstützung örtlicher Bemühungen zur Umsetzung von träger-/einrichtungübergreifenden Poolösungen beim therapeutischen Personal bzw. zum Einbezug von Interdisziplinären Frühförderstellen in die therapeutische Versorgung von Kinder mit Behinderungen in Kindertageseinrichtungen.</li> </ul>	31.12.2015	<p>Zu a) In einem Gespräch zwischen den Vertretern der Spitzenverbände, dem LVR-Landesjugendamt Rheinland und den Vertretern der gesetzlichen Krankenkassen (GKV) am 11. Mai 2015 ist auf diese Problematik hingewiesen worden. Die Vertreter der GKV erläuterten, dass es zunächst zu Engpässen gekommen sei. Nun sei aber ein schnelles Verfahren sichergestellt und die vorliegenden Anträge (derzeit 40 Anträge auf Kassenzulassung) könnten kurzfristig entschieden werden.</p> <p>Zu b) Dies ist derzeit in der Regel noch nicht möglich. Die Folgeverordnung muss durch den behandelnden Kinderarzt ausgestellt werden. Die Idee wird jedoch weiter verfolgt.</p> <p>Zur Modifizierung der Personalvereinbarung: Hier kann die Monitoringarbeitsgruppe nur als Initiator fungieren. Die Ausgestaltung der Personalvereinbarung liegt in der Verantwortung des Landes und der kommunalen wie freien Spitzenverbände. Sie vereinbaren, welcher Personenkreis in die Personalvereinbarung zum KiBiz aufgenommen wird. Es ist zu erwarten, dass sich die Verhandlungen, ob klassische Therapeuten ohne pädagogische Ausbildung mit in die Vereinbarung aufgenommen werden können, sehr schwierig gestalten werden.</p> <p>Zum Start einer Informationsoffensive/Durchführung einer Fachtagung: Der LVR-Fachbereich Kinder und Familie ist zurzeit im Gespräch mit der VIFF (Vereinigung der Interdisziplinären Frühförderstellen) und der AGFW (Arbeitsgemeinschaft Freie Wohlfahrtspflege). Geplant ist eine kleine Handlungsempfehlung, anhand von Best-Practise-Beispielen darzustellen, wie sich die Zusammenarbeit von Frühförderung und Kita förderlich gestalten lässt.</p>

Selektionskriterien:  
alle öffentlichen offenen Beschlüsse

Legende: **Gremium** = Beschlussgremium

## Beschlüsse des Gremiums Landesjugendhilfeausschuss öffentlich offene Beschlüsse

Vorlage / Antrag / Anfrage	TOP / Betreff	Gremium / Datum	federführende DST	Beschluss / Auftrag Fachausschussbezogene Ergänzung	Zu erled. bis	Beschlussausführung	
14/56 SPD, CDU	Haushalt 2015/16 Förderung für Kinder mit Behinderungen mit Hilfe der Kindpauschale auch in der Tagespflege	Ju / 19.03.2015 Fi / 17.04.2015 LA / 22.04.2015 <b>LVers / 28.04.2015</b>	4	Wir beantragen, auch in der Tagespflege Kinder mit Behinderungen mit Hilfe der Kindpauschale (5.000 EUR) zur Abdeckung des behinderungsbedingten Mehraufwandes zu fördern. Die Verwaltung wird beauftragt, hierzu zeitnah ein Konzept zu erarbeiten und zur Entscheidung vorzulegen, ausweislich dessen Leistungen des LVR nur erbracht werden, wenn auch die örtlichen Träger ihren Verpflichtungen nachkommen.	31.08.2015	Mit Vorlage Nr. 14/691 wird dem Landesjugendhilfeausschuss ein Konzept zur Förderung von Kindern mit Behinderung in der Kindertagespflege zur Beschlussfassung vorgelegt.	
14/47 CDU, SPD	Haushalt 2015/16 Zentrale Fortbildungsstelle LVR	GA / 13.03.2015 Ju / 19.03.2015 PA / 16.04.2015 Fi / 17.04.2015 LA / 22.04.2015 <b>LVers / 28.04.2015</b>	1	Die Verwaltung wird beauftragt, Vorschläge zu erarbeiten, wonach es wieder eine zentrale Fortbildungsstelle für die Fortbildungen des LVR gibt. Dadurch sollen im Vergleich zu den aktuellen Aufwendungen für Fortbildungen Einsparungen realisiert werden. Aspekte wie Erreichbarkeit und erforderliche Infrastruktur sollen berücksichtigt werden.  Die Verwaltung wird beauftragt, eine Darstellung der Fortbildungsangebote anzufertigen und dabei die folgenden Fragen zu beantworten:  · Für wie viele Mitarbeiter wurden im Jahr 2014 Fortbildungen durchgeführt?  · Mit welchem Finanzeinsatz waren diese Fortbildungen unter Einschluss von Reisekosten verbunden?  · Wie hoch ist der Anteil der Fortbildungen, die in der Zentralverwaltung in Köln durchgeführt werden?	31.12.2016	Im ersten Quartal 2016 wird dazu eine Vorlage eingebracht.	

Selektionskriterien:  
alle öffentlichen offenen Beschlüsse

Legende: **Gremium** = Beschlussgremium

## Beschlüsse des Gremiums Landesjugendhilfeausschuss öffentlich offene Beschlüsse

Vorlage / Antrag / Anfrage	TOP / Betreff	Gremium / Datum	federführende DST	Beschluss / Auftrag Fachausschussbezogene Ergänzung	Zu erled. bis	Beschlussausführung	
				<p>In welchem Umfang wird für Fortbildungsveranstaltungen und Seminare auf Tagungshotels und sonstige Fortbildungsstätten in anderer Trägerschaft als der des LVR zurückgegriffen?</p>			
14/43 CDU, SPD	Haushalt 2015/16 Situation der Menschen im freiwilligen Dienst (FSJ/Bufdis) in LVR-Einrichtungen verbessern	GA / 13.03.2015 Schul / 17.03.2015 Ju / 19.03.2015 HPH / 20.03.2015 Inklusion / 23.03.2015 Soz / 24.03.2015 PA / 16.04.2015 Fi / 17.04.2015 LA / 22.04.2015 <b>LVers / 28.04.2015</b>	1	<p>Die Verwaltung wird aufgefordert, ein Modell zu entwickeln, damit Menschen mit Behinderung notwendige Unterstützungen erhalten und in die Lage versetzt werden, eine Tätigkeit im Rahmen des Bundesfreiwilligendienstes/FSJ aufzunehmen.</p> <p>Darüber hinaus sollen Gespräche mit den Trägern der freiwilligen Dienste aufgenommen werden mit dem Ziel, möglichst eine einheitliche Vergütung in allen LVR-Einrichtungen für die Menschen in den freiwilligen Diensten zu erreichen.</p> <p>Über das Ergebnis dieser Gespräche ist den Gremien zu berichten.</p> <p>Des Weiteren soll - nach Möglichkeit ebenfalls mit den Trägern - ein Modell entwickelt werden, wonach den betroffenen MitarbeiterInnen eine Erstattung der Fahrtkosten ermöglicht wird.</p>	31.12.2016	ELR hat in Abstimmung mit Fachbereich 12 entschieden, dass die ursprünglich für den PA/LA im Juni einzubringende Vorlage zum Thema „Situation der Menschen im freiwilligen Dienst (FSJ/Bufdis) in LVR-Einrichtungen verbessern“ im 4. Quartal 2015 eingebracht werden soll.	
13/3448	Projekt LVR-Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention	KA 3 / 06.03.2014 KA 2 / 10.03.2014 KA 4 / 11.03.2014 KA 1 / 12.03.2014 GA / 13.03.2014 Ku / 14.03.2014 Bau / 19.03.2014 HPH / 20.03.2014 Soz / 21.03.2014 Schul / 24.03.2014 Ju / 25.03.2014	0	3) "3. Zur Dokumentation und Überprüfung des weiteren Verfahrens im Sinne des LVR-Aktionsplans entwickelt die Verwaltung ein jährliches Berichtswesen, das den Grundsatz der Partizipation beachtet."	30.11.2015	Der erste Bericht (Basis: Zielvereinbarungen für 2015) wird die Evaluation des Nationalen Aktionsplans der Bundesregierung (Sept. 2014) und die Ergebnisse der ersten Staatenprüfung Deutschlands (April 2015) aufgreifen.	

Selektionskriterien:  
alle öffentlichen offenen Beschlüsse

Legende: **Gremium** = Beschlussgremium

## Beschlüsse des Gremiums Landesjugendhilfeausschuss öffentlich offene Beschlüsse

Vorlage / Antrag / Anfrage	TOP / Betreff	Gremium / Datum	federführende DST	Beschluss / Auftrag Fachausschussbezogene Ergänzung	Zu erled. bis	Beschlussausführung	
		PA / 27.03.2014 Fi / 31.03.2014 Um / 02.04.2014 <b>LA / 03.04.2014</b> LVers / 07.04.2014					
13/3239	Inhaltliche Konsequenzen aus der Delegationsreise nach England	<b>Ju / 14.11.2013</b>	43	Die Verwaltung wird gemäß Vorlage Nr. 13/3239 beauftragt, im Zuge der Neubesetzung der Fachberater/Fachberaterinnenstelle „Pflegekinderhilfe“ ein umfassendes Konzept zu erstellen, das die bisherige Arbeit sichert und die Möglichkeiten darstellt, auf der empfehlenden Arbeit des LVR-Landesjugendamtes Rheinland die begonnene fachliche Qualifizierung der Pflegekinderhilfe weiterhin zu begleiten.  Weiterhin wird die Verwaltung damit beauftragt zu prüfen, inwieweit im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten Anregungen für den Bundesgesetzgeber gegeben werden können, damit die Bemühungen zur Entwicklung allgemeingültiger Qualitätsmerkmale für die Pflegekinderhilfe aus dem fachpolitischen Raum unterstützt werden kann.	31.12.2015	Das Konzept wird dem Ausschuss in seiner ersten Sitzung 2016 vorgelegt. Die Fachberatungsstelle wurde im April 2014 ausgeschrieben und zum 15.09.2014 besetzt. Die Anregungen für den Bundesgesetzgeber werden nach Aufgabenverlagerung in die Abteilung 43.20 formuliert. Die Erarbeitung der Anregungen für den Bundesgesetzgeber wird unter Beteiligung der öffentlichen und freien Träger der Jugendhilfe und der Wissenschaft mit der Besetzung der Fachberaterstelle beginnen. Eine Berichtsvorlage ist für die Sitzung des LJHA am 19.11.2015 vorgesehen.	
13/263 SPD, GRÜ-NE, FDP	Haushalt 2014 Rahmenvertrag NRW nach § 78 SGB VIII im Sinne der Aufgabenerfüllung der Einrichtungen verhandeln	Ju / 14.11.2013 JHR / 18.11.2013 Fi / 04.12.2013 LA / 06.12.2013 <b>LVers / 16.12.2013</b>	7	Die Verwaltung wird beauftragt, bei der Neuverhandlung des Rahmenvertrages NRW nach § 78 SGB VIII als Grundlage für die Entgeltvereinbarungen in den Gesprächen mit den Kommunalen Spitzenverbänden darauf hinzuwirken, dass die Mindestauslastungen nicht von 93% auf 98% angehoben werden.	31.12.2016	Der Rahmenvertrag zur Übernahme von Leistungsentgelten in der Jugendhilfe nach § 78 a-f SGB VIII wurde von den Kommunalen Spitzenverbänden zum 31.12.2012 gekündigt. Bis heute konnte zwischen den kommunalen und freien Spitzenverbänden keine Einigung über einen neuen Rahmenvertrag getroffen werden. Aus diesem Grund wurde das Umsetzungsdatum angepasst. Seit dem 01.01.2014 verhandeln die kommunalen und freien Träger auf Grundlage der Empfehlungen beider Seiten. Dies geschieht regional unter-	

Selektionskriterien:  
alle öffentlichen offenen Beschlüsse

## Beschlüsse des Gremiums Landesjugendhilfeausschuss öffentlich offene Beschlüsse

Vorlage / Antrag / Anfrage	TOP / Betreff	Gremium / Datum	federführende DST	Beschluss / Auftrag Fachausschussbezogene Ergänzung	Zu erled. bis	Beschlussausführung
						<p>schiedlich und in vielen Regionen haben die kommunalen und freien Träger gemeinsame Vereinbarungen erzielen können, bei denen eine Auslastungsquote von höchstens 96 % vereinbart wurde.</p> <p>Die Verwaltung hat gemäß Beschluss des LJHA das Problem der Anhebung der Mindestauslastung von 93% auf 98% und der damit verbundenen strukturellen Überbelegungen in den Einrichtungen regional und mit den kommunalen Spitzenverbänden thematisiert.</p>
13/213 SPD, GRÜ-NE, FDP	Haushalt 2013 Weiterentwicklung von Beratungsstrukturen für Eltern	Soz / 27.11.2012 Ju / 29.11.2012 GA / 07.12.2012 Fi / 14.12.2012 LA / 17.12.2012 <b>LVers / 19.12.2012</b> Schul / 21.02.2013	5	Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit Mitgliedskörperschaften in Kooperation mit den in der Region vorhandenen Netzwerken (z.B. Kinderkliniken, SPZ, Kinder- und Jugendpsychiatrie, Frühförderung) eine Konzeption zur Weiterentwicklung der Beratungsstrukturen für Eltern mit Kindern mit Behinderung bzw. mit von einer Behinderung bedrohten Kindern zu entwickeln.	31.12.2015	Das Forschungsprojekt „Individuelle Bildungsplanung von Anfang an“ (vgl. 13/1966) und somit der Auftrag an die Universität zu Köln ist um sechs Monate verlängert worden und wird im Januar 2016 abgeschlossen sein. Die Verwaltung wird mit Vorlage 14/602 "Forschungsauftrag der Universität zu Köln "Individuelle Bildungsplanung von Anfang an für Kinder mit Behinderung und drohender Behinderung"; hier: Kurzbericht nach Abschluss des Projektes" entsprechend berichten. Der SchulA wird in der Sitzung 25.08.2015, der LJHA am 27.08.2015 informiert.

Selektionskriterien:  
alle öffentlichen offenen Beschlüsse

Legende: **Gremium** = Beschlussgremium

## Beschlüsse des Gremiums Landesjugendhilfeausschuss öffentlich erledigte Beschlüsse

Vorlage / Antrag / Anfrage	TOP / Betreff	Gremium / Datum	federführende DST	Beschluss / Auftrag Fachausschussbezogene Ergänzung	Zu erled. bis	Beschlussausführung	
14/377	Beteiligung des LVR an Hilfsfonds 1. für ehemalige Heimkinder der Jugendhilfe (Fonds „Heimerziehung in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1949 bis 1975“ ) 2. für Kinder und Jugendliche aus psychiatrischen Kliniken und Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen	Ju / 19.03.2015 Fi / 17.04.2015 <b>LA / 22.04.2015</b> Soz / 04.05.2015 GA / 29.05.2015	4	1) "1. Die Verwaltung wird gemäß Vorlage Nr. 14/377 beauftragt, weitere 750.000,00 Euro zur Liquiditätssicherung des Fonds „Heimerziehung in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1949 bis 1975“ im Haushalt 2016 bereitzustellen."	30.06.2015	Die Mittel wurden in den Haushalt 2016 eingestellt.	
14/364	Änderung der Betriebsatzung für die LVR-Jugendhilfe Rheinland	JHR / 16.03.2015 Ju / 19.03.2015 LA / 22.04.2015 <b>LVers / 28.04.2015</b>	41	Die Änderung der Betriebsatzung für die LVR-Jugendhilfe Rheinland wird gemäß Vorlage 14/364 beschlossen.	01.07.2015	Die Änderung der Betriebsatzung für die LVR-Jugendhilfe Rheinland wurde im Gesetz- und Verordnungsblatt (GV.NRW.), Ausgabe 2015, Nr. 27 vom 30.06.2015 auf Seite 487 veröffentlicht.	
14/223/1	Haushalt 2015/2016 hier: Zuständigkeiten des Landesjugendhilfeausschusses	<b>Ju / 19.03.2015</b>	21	1) Dem Entwurf des Haushaltes 2015 / 2016 der Produktgruppe 052 im Produktbereich 06 wird gemäß Vorlage 14/223/1 zugestimmt.	28.04.2015	Der Beschluss des Landesjugendhilfeausschusses wurde im Rahmen der Haushaltsvorlage Nr. 14/423/1 für die Sitzung der Landschaftsversammlung am 28.04.2015 berücksichtigt.	
14/223/1	Haushalt 2015/2016 hier: Zuständigkeiten des Landesjugendhilfeausschusses	<b>Ju / 19.03.2015</b>	21	2) Dem Entwurf des Haushaltes 2015 / 2016 einschließlich des Veränderungsnachweises der Produktgruppen 049, 050 und 051 im Produktbereich 06 und der Produktgruppe 074 im Produktbereich 05 wird gemäß Vorlage 14/223/1 zugestimmt.	28.04.2015	Der Beschluss des Landesjugendhilfeausschusses wurde im Rahmen der Haushaltsvorlage Nr. 14/423/1 für die Sitzung der Landschaftsversammlung am 28.04.2015 berücksichtigt.	
14/223	Haushalt 2015/2016 hier: Zuständigkeiten des Landesjugendhilfeausschusses	<b>Ju / 29.01.2015</b>	21	Der Entwurf des Haushaltes 2015 / 2016 für die Produktgruppen 049, 050, 051 und 052 im Produktbereich 06 sowie für die Produktgruppe 074 im Produktbereich 05 wird gemäß Vorlage 14/223 zur Beratung in die nächste Sitzung des Landesjugendhilfeausschusses vertagt.	19.03.2015	Für die Sitzung des Landesjugendhilfeausschusses am 19.03.2015 wurde eine Ergänzungsvorlage erstellt; siehe hierzu die Ausführungen zu entsprechender Beschlusskontrolle.	

Selektionskriterien:  
alle öffentlichen erledigten Beschlüsse, erledigt ab 08.01.2015

## Beschlüsse des Gremiums Landesjugendhilfeausschuss öffentlich erledigte Beschlüsse

Vorlage / Antrag / Anfrage	TOP / Betreff	Gremium / Datum	federführende DST	Beschluss / Auftrag Fachausschussbezogene Ergänzung	Zu erled. bis	Beschlussausführung	
14/202	Bestellung einer Schriftführerin/eines Schriftführers für den Landesjugendhilfeausschuss Rheinland	<b>Ju / 29.01.2015</b>	41	Der LVR-Dezernent Jugend wird zum Schriftführer für den Landesjugendhilfeausschuss Rheinland bestellt. Ihm wird die Möglichkeit eingeräumt, die Tätigkeit als Schriftführer auf Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter des Dezernates 4 (Jugend) zu übertragen.	31.01.2015	Die Tätigkeit als Schriftführer für den Landesjugendhilfeausschuss wurde auf eine Mitarbeiterin des Dezernates 4 übertragen.	
13/2621	Empfehlungen zur Umsetzung des § 72a SGB VIII zu Führungszeugnissen bei Neben- und Ehrenamtlichen in der Kinder- und Jugendhilfe	<b>Ju / 29.11.2012</b>	43	Der Landesjugendhilfeausschuss stimmt der Empfehlung zur Umsetzung des § 72a SGB VIII zu Führungszeugnissen bei Neben- und Ehrenamtlichen in der Kinder- und Jugendhilfe gem. Vorlage Nr. 13/2621 zu. Die Verwaltung wird beauftragt, durch Information, Beratung und Fortbildung die Umsetzung der Empfehlung sicherzustellen.	30.06.2015	Inzwischen wurden mit allen Verbänden Vereinbarungen getroffen.	

Selektionskriterien:  
alle öffentlichen erledigten Beschlüsse, erledigt ab 08.01.2015

Legende: **Gremium** = Beschlussgremium